

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Das große Ereignis ist heute ohne Zweifel die

Währungsreform in Deutschland

mit allen ihren wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen — auch dann, wenn diese sich noch keineswegs klar überblicken lassen. Vor allem gilt dies bezüglich der großen wirtschaftlichen Folgen, denn hier wird erst der Ablauf der Geschehnisse in den nächsten Monaten sichere Anhaltspunkte geben können. In einer gewissen Beziehung könnte man nun wohl sagen, es liege bereits eine Parallele vor, und zwar in der Währungsreform, die im Dezember 1947 in Österreich durchgeführt worden ist. Freilich sind da einige bedeutsame Unterschiede vorhanden: einmal ist das Ausmaß des Währungsschnittes im Falle Deutschlands bedeutend größer, nämlich 10:1 im Vergleich zu 3:1 in Österreich, und außerdem sind die allgemeinen wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Gelingen der Maßnahme in Deutschland doch wesentlich ungünstiger. Denn der Umstand, der die Währungsreform in Österreich, soweit sich die Dinge im heutigen Zeitpunkt überblicken lassen, zu einem mindestens relativen Erfolg werden ließ, lag einmal in dem Vorhandensein größerer Warenmengen und anderseits in einer verhältnismäßig gut laufenden Produktion, wodurch das Preisgefüge ziemlich rasch zum Sinken gebracht und damit dem Schwarzen Markt, diesem großen Feind jeder stabilen Währung, ein empfindlicher Schlag versetzt wurde. Dies nun läßt sich heute noch nicht beurteilen, wie sich die Entwicklung in solcher Beziehung in der Folge in Deutschland vollziehen wird, aber man kann nicht im Zweifel darüber sein, welch' bedeutendes Gewicht diesen beiden Faktoren auch in diesem Falle zukommen wird. Immerhin besteht der Eindruck, daß die Währungsreform von den Westmächten sehr gründlich vorbereitet worden ist, was sich auch daraus erkennen läßt, daß der Zeitpunkt ihrer Inkraftsetzung ziemlich genau mit dem Anlaufen des Marshallplanes in Westdeutschland zusammenfällt. Damit aber ist — von der Produktions- und Warenseite — bereits eine gewisse Erfolgchance gegeben.

Die russischen Gegenmaßnahmen erscheinen demgegenüber reichlich improvisiert, und zwar sowohl in rein währungstechnischer wie auch in politischer Beziehung, obwohl die Maßnahme des Westens doch durchaus erwartet werden mußte. Nun wird aber die weitere Entwicklung des Seilziehens, insbesondere um Berlin, das wir nun in verstärktem Maße erleben werden, abzuwarten sein. Doch damit geht der Blick bereits wie von selbst über auf die großen politischen Zusammenhänge, in deren allgemeinen Rahmen auch diese Entwicklung gestellt wird. Im Hinblick auf die großen Perspektiven wird man nach wie vor ein Anhalten der leichten Entspannung feststellen, wie sie seinerzeit durch die kurzen diplomatischen Gespräche der Amerikaner in Moskau eingeleitet worden ist, die damals so viel Aufsehen erregt haben. Freilich ist es ziemlich unwahrscheinlich, daß wir bereits in nächster Zeit den

großen Kompromiß

erleben werden, der eines Tages kommen wird; viel eher geht die Vermutung dahin, daß hiefür erst das Ergebnis der Wahlen in den Vereinigten Staaten abgewartet werden muß — es sei denn, Präsident Truman wolle sich vielleicht damit zu Handen eben dieser Wahlen einen großen Erfolg sichern. Auch ist heute noch keineswegs erkennbar, wie dieser Kompromiß am Ende aussehen wird, und nicht einmal über die Wege, die zu ihm führen werden, ist man sich heute klar. Immerhin sind hier im Zusammenhang mit dem Marshallplan eben einige Anhaltspunkte aufgetaucht. So scheint von den Staaten des Ostblocks bereits ein erster, nämlich Polen, in die Ausstrahlungen dieser gewaltigen Wiederaufbauaktion einbezogen zu werden, indem es seit kurzem im Rahmen dieses Planes Kohlen an Österreich liefert. Nachdem zweifellos auch andere Länder des Ostblocks an solchen Dingen interessiert erscheinen, könnte es nicht weiter wundernehmen, wenn die Kompromißlinie diesem Wege folgen würde, wobei am Ende die Sowjetunion selbst gar nicht auszunehmen wäre, da die wirtschaftliche Lage dieses Landes eine Untermauerung durch Ausstrahlungen des Marshallplanes zweifellos nur mit großem Vorteil aufnehmen könnte. Und so sehr auch dies alles noch als eine Perspektive der Zukunft erscheinen will, wird man diese Möglichkeiten nicht aus den Augen lassen. In diesem großen Rahmen gesehen erschien am Ende auch eine grundlegende Veränderung des Status der Stadt Berlin nicht außerhalb aller Möglichkeiten, nachdem diese Stadt ja durchaus in der russischen Zone liegt, ihre frühere zentrale Bedeutung völlig verloren hat und die Westmächte sich aus diesen Erwägungen seit langem immer mehr auf Frankfurt konzentrieren.

Jann v. Sprecher

Brief aus Washington

Im Augenblick, da der Kongreß im Begriff ist, sich zu vertagen, und die Präsidentschaftskampagne des Jahres 1948 bald einsetzen wird, scheint der richtige Zeitpunkt gekommen, die Politik der Vereinigten Staaten einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, und die Stimmung und

Einstellung des amerikanischen Volkes

zu untersuchen. Die lebhaften Debatten, welche die Tätigkeit des Kongresses in vielen Fragen kennzeichneten, und die Tatsache, daß nicht immer eine klare Weiterführung der Gesetzgebung erreicht wird, hat dazu beigetragen, das Bild zu verwirren; zuweilen schien es nicht möglich, eine klar erfassbare Richtung zu finden. Auch die Tatsache, daß dieses Jahr Wahlen stattfinden werden, und daß Präsident Truman Schwierigkeiten hatte mit einem Kongreß, der von seinen politischen Feinden beherrscht wird, hat die Lage noch mehr verwirrt. Eine Anzahl sehr bestimmter Entwicklungen zeichnet sich jedoch ab: erstens haben die Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion eine Politik der Festigkeit, nicht aber der Starrheit oder Kompromißlosigkeit verfolgt. Zweitens haben sie ihre bewaffneten Streitkräfte, die unmittelbar nach dem Kriege sehr geschwächt waren, neu organisiert und verstärkt und haben damit die weitgehende Verschlechterung der Weltlage offen eingestanden. Neuere Bemühungen, die dahin zielen, die Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten zu verstärken, werden bald durch die Einführung des obligatorischen Militärdienstes in Friedenszeiten ergänzt werden. Die Landarmee soll auf ihre gesetzliche Stärke von ungefähr 800 000 Mann erhöht werden. Drittens ist

das europäische Hilfsprogramm

entstanden und wird trotz den sich gegen Ende der Session des Kongresses auftauchenden Schwierigkeiten treffend die bewilligten Summen zur Ausführung kommen. Viertens haben sich die Vereinigten Staaten mit anderen Völkern zusammengetan, um einen neuen Plan für Westdeutschland auszuarbeiten. Fünftens hat der amerikanische Senat mit überwältigendem Stimmenmehr die Vandenberg-Resolution angenommen, die ein wichtiges Zeugnis dafür ist, daß die Vereinigten Staaten ihre Stellung in der Weltpolitik erkannt haben und daß sie bereit sind, die wirtschaftliche und militärische Verantwortung zu übernehmen, die diese Stellung fordert. Es gibt viele, die wünschten, diese Erkenntnis der Verantwortung möchte auch eine bessere Unterstützung der Vereinigten Nationen durch die Vereinigten Staaten mit sich bringen. Obwohl die Vereinigten Nationen bei verschiedenen Anlässen übergegangen worden sind, und tatsächlich ein großer Teil der amerikanischen Politik ohne Verbindung mit den Vereinigten Nationen geführt wird, wäre es ein schwerer Irrtum, anzunehmen, daß dies auch weiterhin so sein werde, und daß die amerikanischen Hoffnungen auf den Erfolg der Vereinigten Nationen geschwunden seien. Dem ist nicht so. Die inneren Zänkereien über Angelegenheiten, die auswärtige Beziehungen beschlagen, werden oft als Zeichen dafür ausgelegt, daß die Vereinigten Staaten immer noch mit dem Gedanken spielen, zum strengen Isolationismus zurückzukehren. Nach der Auffassung des Verfassers ist das ein ernst zu nehmendes Fehlurteil. Es soll nicht bestritten werden, daß es immer noch einen Kern isolationistischer Kräfte in den Vereinigten Staaten gibt. Wahrscheinlich wird dieser Kern noch lange vorhanden sein. Aber

der Isolationismus

hat den Anflug von Anständigkeit, den er gerade vor dem letzten Krieg noch hatte, verloren. Damals reisten führende Männer dieser Bewegung, wie etwa Oberst Lindbergh, im Lande herum und machten Propaganda für den Rückzug Amerikas von den Welthändeln. Die Isolationisten von heute sind besorgt, sich gut zu tarnen. Sie handeln verstohlen wie Saboteure, nicht wie aufrechte Verfechter einer anständigen Sache. Weshalb ist das so? Die Antwort ist vielleicht die, daß die Stimmung des amerikanischen Volkes gegen den Isolationismus ist, und daß es ihn ablehnen würde, wenn er ihm angeboten würde. Nach der Ansicht einiger Leute spiegelt die

Präsidentschaftskandidatur von Henry A. Wallace

die scharfe Trennung der Gemüter in bezug auf die letzten Ziele unserer Außenpolitik. Man hat geschätzt, daß Wallace in den Novemberwahlen zwischen vier und sieben Millionen Stimmen erhalten wird. Wallaces Partei wird beschuldigt, eine kommunistische Front zu sein, und ihr Kandidat wird als Opfer der Täuschung durch die Moskaueragenten bezeichnet. Seine Politik betrachtet man als Befriedungsbestrebungen und seine Argumente als mehr gefülsbedingt als wohlbegündet. Man mag dieser Auffassung beipflichten, sollte jedoch nicht in den Fehler verfallen, zu glauben, daß Wallace nur von ganz links Stehenden, Isolationisten, oder Anhängern einer Befriedungspolitik unterstützt wird. Ohne Zweifel besteht ein Teil seiner Anhänger aus solchen Leuten. Aber ich glaube, daß die Mehrheit der Stimmen für Wallace von jenen gemäßigten Wählern kommen wird, die grundsätzlich den angekündigten Zielen der Außenpolitik der beiden Hauptparteien zustimmen, die aber glauben, daß die verwendeten Mittel ganz falsch seien und zum Kriege führen.

Wenn diese Analyse richtig ist, dann muß die Schuld für das Versagen, die Beziehungen zwischen den Handlungen und dem gesteckten Ziel klarer zu machen, dem Regierungsapparat zugeschoben werden. Es besteht kein Zweifel, daß Zehn-

tausende von Amerikanern, die dem Ideal einer gut zusammenarbeitenden Organisation der Vereinigten Nationen und einer friedlichen, demokratischen Welt ergeben sind, heute die Überzeugung haben, daß ihre Regierung von diesem Weg abgeirrt ist und sich gegen den Abgrund einer Katastrophe hin bewegt. Dabei muß betont werden, daß es sich nicht um Leute mit ausgesprochener Begeisterung für den Sozialismus oder gar für die Sowjetunion und ihre Nachkriegshaltung handelt. Die Lehre, wenn man überhaupt eine daraus ziehen will, ist die, daß das amerikanische Volk, wie die Völker anderer Länder, nach der

Sicherheit und Ruhe einer friedlichen Welt

hungert. Es schaut noch immer aus nach dem «weiten, sonnenbeschennten Hochland», das, wie Winston Churchill einmal sagte, nach dem Sieg sich zeigen werde. Es ist unzufrieden über die Verzögerung des Erscheinens des verheißenen Landes und enttäuscht über Führer, die den Weg nicht zu finden scheinen. Viele glauben, daß, wenn Franklin D. Roosevelt weitergelebt hätte, der Weg irgendwie gefunden worden wäre. Man kann einwenden, daß alle diese Feststellungen höchst gefühlsbetont seien. Sie sind es auch. Aber Gefühle können die Menschen schwankend machen und dazu beitragen, Wahlen zu gewinnen oder zu verlieren. Vielleicht ist die Psychoanalyse jetzt, da die Wahlen bevorstehen, eine Form politischer Deutung, die so viel taugt, wie irgend eine andere. Man muß gewiß die wichtigsten Beweggründe des Durchschnittsamerikaners verstehen, wenn man die Entwicklung der amerikanischen Politik begreifen soll.

Zusammenfassend möchte der Verfasser seiner Meinung Ausdruck geben, daß es — milde gesagt — eine Übervereinfachung und wahrscheinlich eine grobe Ungenauigkeit ist, die inneren Kämpfe bei der Neuausrichtung der amerikanischen Politik als einen Kampf zwischen Isolationisten und Anti-Isolationisten darzustellen. Das amerikanische Volk sucht immer noch Frieden und Sicherheit in den Formen, die ihm während des Krieges vor Augen gehalten wurden: eine Organisation der Vereinigten Nationen, die etwas erreicht, freierer internationaler Handel und Verkehr, allmäßlicher Abbau der Rüstungen, und die Entwicklung der demokratischen Einrichtungen auf der ganzen Welt. Wenn die Verfolgung dieser Ziele manchmal auf Umwegen geschieht und zuweilen das Gefühlsmäßige zu stark betont wird, sollte man das der Unbeholfenheit der Jugend zuschreiben, denn die Vereinigten Staaten müssen erst noch in ihre Rolle als Weltmacht hineinwachsen. Wenn man das begreift, besitzt man den Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung der Politik der Vereinigten Staaten. Die Lage falsch zu beurteilen, würde sowohl für eine politische Partei im Inland als auch für eine fremde Regierung bedeuten, einen Fehler von schwerwiegenden Folgen gemacht zu haben.

Richard J. Davis

Londoner Brief

Das wichtigste Ereignis der letzten Wochen ist der

Abschluß des Sechs-Mächte-Abkommens

über die gemeinschaftliche Verwaltung der westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Solch ein Abkommen ist nur möglich, wenn jeder der Kontrahenten sich schließlich bereit findet, einen Teil seiner Forderungen aufzugeben und sich dem Standpunkt der anderen einen oder mehrere Schritte zu nähern. Man kann annehmen, daß die englische Diplomatie einen erheblichen Anteil an der Herbeiführung

dieser Verständigung hat. Denn die britische Politik steht etwa in der Mitte zwischen den beiden Extremen, die von Frankreich und den Vereinigten Staaten eingenommen werden. Das fundamentale Problem läßt sich in die Antithese fassen: Niederhaltung eines potentiellen Angreifers oder Wiederaufbau eines wesentlichen Bestandteils von Europa. Es ist ohne weiteres zu verstehen, daß bei den Franzosen der erste Gesichtspunkt überwiegt, während der andere sich für die Vereinigten Staaten aus ihrem ganzen außenpolitischen Programm ergibt. Es wird in erster Linie die Aufgabe Englands gewesen sein, Kompromißwege zu finden, die das eine Ziel zu erreichen erlauben, ohne sich von dem anderen allzuweit zu entfernen.

Wenn die Geschichte das Vorhandensein eines besonderen politischen Talents des Engländer bewiesen hat, so ist es das Talent zum Kompromiß.

Aber es gehört zum Wesen eines jeden Kompromisses, daß es zunächst mindestens den einen, zuweilen auch beide Teile, unbefriedigt läßt. Man war daher in London nicht verwundert, als die französischen Politiker das Abkommen mit scharfer Kritik begrüßten; man begriff sogar, daß De Gaulle mit seinen erbittertsten Gegnern, den französischen Kommunisten, sich in der Negation zusammenfand. Aber man war doch sehr erleichtert, als die Regierung Schumann am Schluß Sieger blieb, wenn auch nur mit etwa einem Dutzend Stimmen. Gegenüber einer Opposition, die sich aus zwei völlig auseinanderstrebenden Flügeln zusammensetzt, genügt auch die numerisch schwächste Majorität.

Kein ruhig denkender Engländer nimmt es den Franzosen übel, daß sie das deutsche Problem in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der «sécurité», der Sicherheit ihres Landes gegen künftige deutsche Angriffe, sehen, und mancher gibt zu, daß nicht nur Frankreich, sondern auch Europa viel Leid erspart worden wäre, wenn man für diesen Standpunkt nach dem ersten Weltkrieg größeres Verständnis gezeigt hätte. Aber man kann ihn nicht zum ausschließlichen Kriterium der gegenüber Deutschland zu befolgenden Politik machen, wenn man überhaupt mit der Befriedung Europas vorwärtskommen will. Die Kompromißlösung glaubt man durch zwei Vorschläge gefunden zu haben. England und besonders USA sind bestimmte militärische Verpflichtungen eingegangen, welche Frankreich gegen deutsche Überraschungen sichern sollen. Das andere Sicherheitsventil glaubt man darin gefunden zu haben, daß man für die künftige deutsche Verfassung einen zentralistischen Staat ablehnt und eine föderalistische Form vorschreibt.

Man wird bezweifeln dürfen, daß es in England sehr viele Menschen gibt, die sich hinreichend in das

Problem eines föderalistischen Deutschland

vertieft haben, um heute schon sagen zu können, wie sie sich ein solches vorstellen. Ein föderalistischer oder Bundesstaat ist auch das Bismarcksche Deutsche Reich gewesen, aber es ist wohl ausgeschlossen, daß irgendeine der westlichen Siegermächte dies als Vorbild für die künftige deutsche Verfassung ansieht. Zweifellos will man den einzelnen «Ländern» wesentlich größere Zuständigkeiten geben. Aber wie weit soll sich das auf den für das Ausland wichtigsten Gebieten ausdrücken: in der auswärtigen Politik und in der Heeresverfassung?

Die kühle Aufnahmehme, welche das Sechsmächte-Abkommen in Deutschland gefunden hat, läßt schwere Kämpfe voraussehen. Professor Alfred Weber, der gewiß zu den einsichtigsten Deutschen gehört, hat an den Londoner Observer einen Brief gerichtet, in dem er sagt: «Die Vereinheitlichung der drei westlichen Zonen und ihre Einverleibung in eine *wirtschaftliche* Westliche Union würde von jedem vernünftigen Deutschen, der nicht unter dem russischen Terror leidet, warm willkommen geheißen werden». Aber auch er sieht die Schwierigkeit in der geplanten

«Verfassung», weil diese der entscheidende Schritt zu einer endgültigen Teilung Deutschlands in zwei getrennte Staaten sein würde. Denn die Russen würden dann dem östlichen Deutschland eine separate Verfassung geben. Daß die Russen in der Tat keineswegs gewillt sind, das Vorgehen der Westmächte stillschweigend hinzunehmen, zeigt sich besonders in der Art, wie sie in den jüngsten Tagen auf die Währungsreform in Westdeutschland reagiert haben. Es ist sachlich durchaus verständlich, daß sie nicht einfach bei der alten Währung stehen bleiben, denn dann würde die östliche Zone nicht dem Schicksal entgehen können, mit der im Westen außer Kraft gesetzten Reichsmark überschwemmt zu werden. Aber sie machen Miene, zu politischen Maßregeln gegen ihre bisherigen Bundesgenossen zu greifen, und man fühlt in England, daß die nächsten Wochen sehr ernste Verwicklungen bringen können. Um so mehr ist es zu bedauern, daß aus rein personalpolitischen Gründen der Minister, der im letzten Jahr in erster Linie für die deutsche Politik verantwortlich war, Lord Pakenham, in ein anderes Amt versetzt worden ist, und daß man nicht einmal für nötig gefunden hat, ihm sofort einen Nachfolger zu geben. Ob der neue Unterstaatssekretär, den man schließlich eingesetzt hat, Lord Henderson, den Außenminister Bevin, der ohnedies von genügend zahlreichen schweren Problemen bedrängt wird, ausreichend entlasten wird, ist eine offene Frage.

Zu sehr ernsten Betrachtungen gibt auch der Ausfall der

Wahl in Südafrika

Anlaß. Die Niederlage von Smuts kam unerwartet. Er teilt nun das Schicksal Churchills, von seinem Volk verworfen worden zu sein, nachdem er ihm im Kriege die größten Dienste geleistet hatte. Aber vom Persönlichen abgesehen ist der Ausfall der Wahlen eine schwere Niederlage der englischen Politik. Zwar ist nicht zu befürchten, daß Dr. Malan, der neue Premierminister, in absehbarer Zeit den Bund kündigt, der Südafrika mit dem britischen Empire verbindet. Dazu ist seine parlamentarische Stellung nicht stark genug und er wird auch kaum behaupten, daß der Wahlausfall, der in erster Linie von der Frage der Eingeborenenpolitik bestimmt worden ist, ihn dazu bevollmächtigt habe. Aber es spricht schon deutlich genug für seine Stellung zum Empire, daß eine seiner ersten Regierungshandlungen die Freilassung von Gefangenen war, die als Agenten der Nazis, also als Gehilfen des Landesfeindes, eingesperrt worden waren. Wenige Jahre nach dem Burenkrieg hatte Campbell-Bannermann, der liberale Ministerpräsident, den besieгten Buren 1906 eine freie Verfassung gegeben. Das war eine staatsmännische Handlung im Geiste des echten Liberalismus, die ihre Früchte getragen hat. Mehr als 40 Jahre lang hat in Südafrika dieser Geist der Versöhnlichkeit geherrscht. Sollte seine Zeit jetzt abgelaufen sein?

In der inneren Politik

steht die Regierung Attlee vor einem Kampfe gegen das Haus der Lords, nachdem dieses die Vorlage, welche die Wirksamkeit seines Vetos von zwei auf ein Jahr verkürzen soll, abgelehnt hat. Die Regierung muß ihre Vorlage jetzt noch zweimal in getrennten Sessionen durch das Unterhaus bringen, damit sie auch ohne Zustimmung der Lords Gesetzeskraft erlangt. Man hat berechnet, daß dieser Prozeß frühestens im Dezember 1949 zum Abschluß kommen kann. Wie die innen- und außenpolitische Lage der englischen Regierung dann aussehen wird, kann heute niemand sagen. Das ganze Verfahren soll nur dem Zwecke dienen, die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie unter Dach und Fach zu bringen, ehe das Parlament neu gewählt wird. Aber vorläufig sieht es nicht so aus, als ob das Kabinett selbst schon darüber einig geworden sei, wie es sich diese Verstaatlichung vorstellt.

Ignotus

Brief aus Paris

Seit drei Monaten bietet die Politik dem Beobachter ein verworrenes und farbloses Bild. Zu Beginn des Jahres, am Anfang des Experimentes Schuman-René Mayer, hatte man für März und April Konflikte, soziale Unruhen vorausgesagt. Aber nichts dergleichen hat sich ereignet. Waren die erwarteten Fälligkeitstermine um drei Monate hinausgeschoben. Es sind Anzeichen vorhanden, nach denen man dies glauben könnte. Während ich dies schreibe, ist es in Clermont-Ferrand zu ernsten Vorfällen zwischen Streikenden und Polizeikräften gekommen. Wenn man von Aufruhr spricht, so ist das nicht übertrieben, und man fragt sich, ob es sich nicht um eine Art von Generalprobe für einen späteren Versuch handelt, den Bürgerkrieg zu entfesseln. Ohne Zweifel wird man bald darüber im klaren sein.

Auch ohne die Hypothese, daß man jetzt zu Gewaltmitteln greift, ins Auge fassen zu wollen, ist es doch sicher, daß die

politische Lage ganz plötzlich unbehaglich

geworden ist, und das ebensowohl hinsichtlich der auswärtigen, wie der inneren Angelegenheiten.

Die Mehrheit der französischen öffentlichen Meinung hat an den «Empfehlungen» Anstoß genommen, die in London von «Sachverständigen» in bezug auf die Lösung des deutschen Problems herausgegeben worden sind. Es liegt nicht im Rahmen dieser Chronik, dieses diplomatische Dokument zu analysieren. Durch seine dunklen Wendungen, seine Widersprüche spottet übrigens meiner Meinung nach dieser Text der Kompromisse jeder Analyse.

Im allgemeinen empfindet der Franzose eine verstandesmäßige Abneigung gegen alles, was schwer verständlich ist. «Was gut durchdacht ist, läßt sich auch klar ausdrücken», hat unser alter Boileau gesagt. Von dieser Abneigung bis zum Wittern irgendeiner unbekannten Falle war es nur ein Schritt, und man hat ihn getan. Seit Monaten und sogar schon seit Jahren glaubten die Franzosen eine absolut festliegende Meinung über

das deutsche Problem

zu besitzen, dessen zwei hauptsächlichste Punkte waren: 1. ein föderalistisches Regierungssystem für Deutschland, 2. die Internationalisierung des Ruhrbeckens. Die Regierung wiederholte immer wieder, daß sie beabsichtige, diese Gesichtspunkte durchzusetzen. Plötzlich erklärt man, daß sich alles geändert hat, und daß trotz Konzessionen, die stark den Eindruck machen, nur der Form wegen gegeben zu sein, man mit anderen Lösungen einverstanden ist. Es ist kein Zweifel, daß einem Parlament, einer öffentlichen Meinung angesichts Überraschungen dieser Art die Erklärung schwer fallen muß, daß man begeistert sei und bereit, das Gegenteil von dem gutzuheißen, was man am Abend vorher noch gepriesen hatte — übrigens ohne recht zu wissen, um was es sich handelte.

Diese Londoner Abmachungen stellen keinen Vertrag, sondern «Empfehlungen von Experten» dar; ohne ihren Inhalt zu erörtern, kann man sich doch zum mindesten über die Seltsamkeit der heutigen diplomatischen Methoden wundern. Auf jeden Fall ist zu bezweifeln, daß sie mit dem parlamentarischen Regime und der Demokratie vereinbar sind. Im Gange befindliche Verhandlungen und Unterhandlungen wurden vor der Öffentlichkeit und vor dem Parlament geheim gehalten; das letztere wird vor vollendete Tatsachen gestellt und gebeten, nicht aufzugehen, unter der Drohung, daß sonst eine unlösbare politische Krise entstehe...

Man glaubt, daß dies der Sinn des unausgesprochenen Tadels ist, den sich die Regierung vor der Nationalversammlung wegen der Londoner Vereinbarungen zugezogen hat. Denn mit einer Mehrheit von 16 Stimmen eine Tagesordnung anzunehmen, die solche Vorbehalte enthält, daß sie keine Zustimmung mehr bedeutet, das ist so viel wie ein unausgesprochener Tadel.

Vor der Nationalversammlung bestand Bidaults Hauptargument in der Erklärung, daß er versucht habe, seine Sache gut zu machen, daß er aber zu seinem Bedauern von den befreundeten Mächten nichts Besseres erlangen konnte. Und daß ohne Zweifel auch niemand sonst Besseres erreichen können. Es gibt unangenehme Tatsachen, die man wohl oder übel hinnehmen muß. Der Irrtum Bidaults scheint der gewesen zu sein, daß er seine Enttäuschungen seit mehreren Monaten für sich behalten hatte.

Wenn wir unsere Blicke nun der Innenpolitik zuwenden, dann können wir feststellen, daß die parlamentarische Mehrheit,

die «Troisième Force» schwächer geworden

ist und zwar durch interne Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialisten und Christlichen Demokraten, wie sie wegen der Dauer des Militärdienstes und der Laizität des Schulunterrichts aufgetreten sind. Nachdem es durch mühselige Vermittlungen zu Vergleichen gekommen ist, kann man leichter die Schwierigkeiten grundlegender Art erkennen. Sie sind das Ergebnis des verschiedenen Niveaus der Löhne und der Preise, das die sozialistischen Forderungen rechtfertigt und dem Kommunismus Anlaß gibt, zur Agitation überzugehen.

In früheren Chroniken habe ich gelegentlich ohne Nachsicht von den Maßnahmen gesprochen, die René Mayer, der Finanzminister, für das allgemeine Wohl durchgeführt hat. Mayer besaß den Mut, zu unpopulären Maßnahmen zu greifen, und dazu muß man ihn beglückwünschen. Aber es genügt nicht, daß Maßnahmen mutig und unpopulär sind, damit sie Gutes zur Folge haben...

Es scheint, daß die Wirkungen gewisser Widersprüche, wenn nicht gewisser Zusammenhanglosigkeiten, nun anfangen, sich spürbar zu machen. Warum aber mit solcher Verspätung? Ich habe die Erklärung hierzu im «Monde» gefunden, aus der Feder René Courtins. Seit sechs Monaten hat man mit Kunstgriffen — in Wirklichkeit mit verkappten Subventionen — die Tatsache zu verschleiern versucht, daß die starke Entwertung des Frankens die eingeführten Erzeugnisse und Rohstoffe verteuern mußte. Mit der Erschöpfung der alten Vorräte beginnt die Wahrheit wieder zu ihrem Recht zu kommen, und eine unleugbare Tatsache ist vorhanden: die Hause der Preise des täglichen Lebens.

Indem man mittels außerordentlicher fiskalischer Maßnahmen die Kaufkraft verringerte und gleichzeitig durch die Devaluation die Hause verhängnisvoll werden ließ, brachte man, wie es scheint, die Elemente einer sich am Horizont abzeichnenden Wirtschaftskrise zusammen.

Alles dies rechtfertigt weitgehend das allgemeine Unbehagen. Gleichwohl, wenn in kurzer Zeit eine

Ministerkrise ausbrechen sollte,

so kann man sich nicht denken, wer Schuman zum Nachfolger gegeben werden könnte. Denn General de Gaulle will von Machtergreifung nur etwas wissen nach Wahlen, die ihm zufolge geeignet sind, eine zusammenhängende politische Mehrheit wieder herzustellen. Und dazu mußte das Parlament ein neues Wahlgesetz schaffen und die Notwendigkeit seiner Abdankung anerkennen.

Bertrand de la Salle

Brief aus Italien

Wer vom Wahlresultat des 18. April in Italien schon in den vergangenen zwei Monaten grundlegende politische Veränderungen erwartete, dürfte kaum auf seine Rechnung gekommen sein. Schließlich war der wuchtige Volksentscheid ja auch nur eine Bestätigung des bisherigen Kurses, was sich schon in der

Zusammensetzung der neuen Regierung

zeigt, die im wesentlichen dieselben Gesichter aufweist. Einzig in den Finanz- und Wirtschaftsministerien ist es durch das Ausscheiden Einaudis zu größeren Personalveränderungen gekommen, wobei aber der bisherige liberale Kurs beibehalten werden dürfte.

Wie erwartet, hat De Gasperi trotz der absoluten Mehrheit seiner Partei auch Vertreter der Liberalen, Republikaner und Saragat-Sozialisten in sein neues Kabinett aufgenommen, und zwar in weit stärkerem Maße als es diesen Gruppen nach den Wahlergebnissen zustehen würde, um damit die Regierungsbasis von der eher rechtstendierenden Mitte nach der gemäßigten Linken zu verbreitern. Die langen Verhandlungen, die dazu nötig waren, beweisen, daß es zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden galt. Daß übrigens die Saragatianer trotz Beteiligung an der Regierung auf Verwirklichung ihrer weitgehenden Steuerreformpläne bestehen, bewies ein frondistischer Artikel ihres Blattes, der «Umanità». De Gasperi wird außer einem betont sozialen Regierungskurse all' sein diplomatisches Können aufbieten müssen, um die heterogenen Ministerkollegen bei der Stange zu halten.

Weit reicher an Überraschungsmomenten war die

Wahl des Staatsoberhauptes.

Nachdem der provisorische Präsident Enrico de Nicola aus Neapel (dessen Hauptaufgabe nach dem Plebisit vom Sommer 1946 darin bestand, den monarchistischen Süden mit dem republikanischen Norden zu versöhnen) auf eine Wiederwahl verzichtet hatte, galt zuerst der Außenminister Graf Sforza als präsumptiver Nachfolger. Er kam dann aber durch ein rechtssozialistisches Mißtrauensvotum zu Fall, so daß der liberale Turiner Professor Luigi Einaudi in den Quirinal einzog. Diese Wahl ist um so erfreulicher, als damit ein absolut integrer, jeder Phrase abholder, dafür zäher und klarenkender Piemontese mit der höchsten Staatsstelle des neuen Italien betraut wurde, der als Bilanzminister vor unpopulären Maßnahmen (Kreditrestriktionen u. a. m.) nicht zurückgeschreckt war, um den von ihm als richtig erkannten Weg einzuschlagen. Unserm Lande, wo er während des Krieges im Exil lebte, ist der neue Staatspräsident besonders zugetan, präsidierte er doch seit deren Gründung die «Associazione Italo-Svizzera di Cultura».

Dürfen diese beiden Staatsakte: Neubildung der Regierung und Ernennung des Staatschefs, unbedingt als erfolgverheißende Ereignisse angesprochen werden, so waren die kürzlichen Prügelszenen in der Kammer und im Senat schwere Rückfälle in vergangene Zeiten, die sich auf dem Hintergrund der sozusagen störungsfrei verlaufenen Aprilwahlen um so betrüblicher abheben. Wenn auch die Provokationen zweifelsohne von der Linken ausgegangen sind, kann man das Zentrum und die Rechte nicht vom Vorwurf mangelnder Selbstbeherrschung und politischer Kurzsichtigkeit freisprechen. Daß es die Anhänger der Kominform mit der Knebel-in-die-Räder-Methode versuchen würden, um damit ihrem Ärger über das für sie so schmerzliche Wahlresultat Ausdruck zu geben, war zu erwarten; wenn aber die Parlamentsmehrheit darauf mit Brachialmethoden antwortet, setzt sie ihren politischen Kredit dadurch gefährlich aufs Spiel.

Die Flurbereinigung auf der Linken

dürfte im kommenden Sommer, möglicherweise schon am Sozialistenkongress im Juli in Genua stattfinden. Ob sie mit einer Auflösung der Partei Nennis enden wird, erscheint uns schon aus dem Grunde fraglich, weil Togliatti ja das größte Interesse am Bestande einer von ihm beeinflußten philokommunistischen Sozialistenpartei hat, die für Saragat beständig eine weit größere Gefahr bedeutet als eine sozial-kommunistische Einheitspartei, selbst wenn dieselbe durch den Zuzug Nennis und seiner Getreuen zahlenmäßig wesentlich verstärkt würde. Wie in Frankreich kriselt es auch hier im großen Gewerkschaftsverband, der «Confederazione Generale del Lavoro». Die Democristiani und Unionssozialisten haben sich bereits zu einer «alleanza» verbündet und mit einer Aufspaltung ist auch hier in absehbarer Zeit zu rechnen. Interessant ist das beginnende Liebäugeln der Sozialkommunisten mit dem Marshallplan, nachdem sie ihn monatlang verlästert hatten. Aus wahlaktischen Gründen revidiert man augenscheinlich wieder einmal die Hefte.

In außenpolitischer Hinsicht

sind bis jetzt keine sensationellen Schritte erfolgt, auch nicht die von vielen erwartete Eingliederung Italiens in die Westunion. Nicht nur die Rücksicht auf die immerhin recht starke marxistische Minderheit und die geographische Lage dürften da retardierend wirken, sondern auch die militärische Schwäche und das natürliche Bestreben Italiens, aus einer Annäherung an die westlichen Demokratien Kapital zu schlagen. Und Kapital heißt hier in erster Linie: Rückgabe der Kolonien. Ob sich die englischen Regierungskreise bewußt sind, welchen Auftrieb die immer latent vorhandenen anglophoben Kräfte Italiens durch mangelnde Bereitschaft zu einem Entgegenkommen in der Kolonialfrage erfahren? Dieser Umstand läßt jedenfalls die antibritische Propaganda der jüdischen Kreise im gegenwärtigen Palästinakonflikt auf fruchtbaren Boden fallen, wie wir kürzlich bei der Vorführung des bekannten israelitischen Filmes: «The Great Promise» ausgiebig konstatieren konnten. Natürlich halten sich die Regierungskreise in dieser Angelegenheit streng neutral, denn eine antiarabische Einstellung wäre ja angesichts der ungelösten Kolonialfrage ein sehr gefährliches Unternehmen, und eine antijüdische aus finanziellen Gründen erst recht.

Wenn wir von militärischer Schwäche Italiens sprachen, so gilt das nur in quantitativer Hinsicht, denn welche ganz erstaunlichen Fortschritte der

Wiederaufbau auf wehrtechnischem Gebiete

gemacht hat, ging aus den großen Truppenparaden am «Tag der Republik» anfangs Juni einwandfrei hervor. Nicht nur die sehr moderne Bewaffnung (zum Großteil aus alliierten Beständen herrührend) und Einkleidung in neuen Khakistoff, sondern auch die Haltung der Truppen machten einen vorzüglichen Eindruck, der unwillkürlich den Gedanken an die deutsche Reichswehr nach dem ersten Weltkrieg wachrief.

Wirtschaftlich

scheint die Lage stationär zu sein. Wie anderorts setzt man auch hier auf den E.R.P. große Hoffnungen. Die Arbeitslosenzahl blieb ziemlich unverändert. De Gasperi hat sich recht pessimistisch über die Auswanderungsmöglichkeiten geäußert. Die klassischen Immigrationsländer versteifen sich in egoistischem Rassendünkel darauf, fast ausschließlich angelsächsisch-germanische Einwanderer zuzulassen, ungetacht der Tatsache, daß die Italiener in Nord- und Südamerika, in Australien und anderswo enorm viel zur Entwicklung dieser Kontinente beigetragen haben.

Eine beachtliche Exportsteigerung weist die Seidenindustrie in den letzten Monaten auf, aber die allgemeine Lage der italienischen Industrie wird als mäßig

bis unbefriedigend beurteilt, was aus der neuerdings stark rückläufigen Entwicklung der Börsenkurse nach der kurzen Euphorie der Vorwahlperiode deutlich hervorgeht. Die letzten Mittelkurse nähern sich dem Tiefstand vom letzten Winter wieder bedenklich.

Dazu mitgeholfen haben mag auch die ständige Papiergegeldvermehrung, die allerdings mit einem Monatsmittel von kaum 5 Milliarden Lire im letzten Halbjahr bedeutend unter dem Vorjahrdurchschnitt liegt. Der gegenwärtige Papiergegeldumlauf von 815 Milliarden ist infolge der gestiegenen Güterproduktion nicht unbedingt als alarmierend zu betrachten, so unerfreulich hoch er auch ist. Zu mehr Bedenken geben die

Bilanzzahlen des Staatshaushaltes

Anlaß. Das laufende Jahr schließt bei 780 Milliarden Lire Einnahmen und 1506 Milliarden Ausgaben mit einem Defizit von 726 Milliarden, d. h. dem doppelten Betrag des Budgetdefizites. Die Verschuldung Italiens hat demzufolge 1600 Milliarden Lire erreicht, und da für das kommende Finanzjahr bei rund 1100 Milliarden Lire Ausgaben und 700 Milliarden Lire Einnahmen neuerdings mit 400 Milliarden Lire Passivüberschuß gerechnet wird (welche Ziffer sehr wahrscheinlich wieder überschritten werden dürfte), ist deren Ansteigen auf 2 Billionen Lire nur mehr eine Frage der Zeit. Da immerhin die Regierung alles versucht, um den Ausgleich in 2—3 Jahren herzustellen (schon dieses Jahr wird der Ausgabenetat durch die Abschaffung des sogenannten politischen, d. h. staatlich subventionierten Brotpreises um 160 Milliarden Lire ermäßigt), so ist ein gemäßigtes Vertrauen gerechtfertigt. Glücklicherweise ist der Ertrag der diesjährigen Weizenernte ca. 30 % höher als letztes Jahr (aber immer noch ca. 33 % unter den Spitzenjahren der Mussolini'schen «battaglia del grano»), und auch sonst ist die Nahrungsmittellage durch die gute Witterung wieder normal geworden. Dazu kommen die steigenden Devisenerträge aus den Emigrantenrimessen und dem Tourismus, so daß, unter Berücksichtigung des E.R.P., ein gewisser Optimismus berechtigt scheint.

Peregrinus

Brief aus Österreich

Die jüngst in Wien abgehaltene

Tagung der Zweiten Internationale

oder vielmehr dessen, was davon übriggeblieben ist, bot Anlaß zu anregenden Vergleichen. Vor dem Krieg, unter der Führung Otto Bauers, waren die österreichischen Sozialdemokraten die Spitze des gegen Westen gerichteten Keils der Komintern. Heute, obgleich sie sich nun nicht mehr Sozialdemokraten, sondern Sozialisten nennen, sind sie die Spitze des gegen Osten gerichteten Keils der Arbeiterbewegungen, die ohne Konzentrationslager regieren möchten. Die Zusammenkunft in Wien war eine Demonstration gegen die Sowjetunion, eine Rückenstärkung für die österreichische Vorhut und eine Verbeugung vor ihrer Courage. Wien liegt in der russischen Besetzungszone, und die Sowjets mußten das Treffen als eine Herausforderung betrachten. Eine ihrer Gegenaktionen ist die zur Zeit dieses Schreibens noch nicht abgeschlossene Kampagne gegen den sozialistischen Energieminister Dr. Alfred Migsch, der in einer Versammlungsrede so kühn war, der Katze die Schelle umzuhängen, indem er die Sowjetunion einen Sklavenstaat nannte.

Auf solche Äußerungen reagieren die Russen grundsätzlich sehr scharf. Überhaupt zeigen sie sich sehr empfindlich, wenn ihre Propaganda gestört wird. Diese

ist nun, wie überhaupt in Westeuropa, vor allem darauf gerichtet, Furcht vor einem russischen Vormarsch zu erzeugen, denn das ist die einfachste Art, das Gelingen des Marshallplanes für die wirtschaftliche Aufrichtung der alten Welt zu vereiteln. Folglich kann man die Russen durch nichts mehr reizen als durch den Hinweis darauf, daß es dank der Atombombe, der See- und Luftherrschaft Amerikas und dank dessen industrieller Überlegenheit eine Art militärisches Gleichgewicht gibt — trotz den russischen Riesenheeren auf dem Festland. Soeben hat General Kurassow im Wiener Kontrollrat die Maßregelung einiger Zeitungen, vor allem der «Tiroler Nachrichten», verlangt, die gewagt hatten, durch derartige Überlegungen der roten Furchtpropaganda entgegenzuwirken. Wer voraussagt, daß die Amerikaner im Fall eines russischen Westmarsches Moskau und Baku bombardieren würden, ist ein Kriegshetzer, der die Zerstörung Moskaus und Bakus herbeisehnt. Kriegshetzer gehören vertilgt, und so war Kurassows Vorstoß ein Versuch mehr, die österreichischen Redaktoren einzuschüchtern.

Um aber auf das Wiener Sozialistentreffen zurückzukommen: Auf dem Kontinent braucht man bekanntlich für jede Politik eine Doktrin, und so mußte sich mit jener auch diese ändern. Demokratische Sozialisten sind immer in einer Zwickmühle. Sozialismus ist zentrale Wirtschaftsplanung, und der Plan läßt sich nur mit Gewalt durchführen. Folglich ist Sozialismus mit Freiheit unvereinbar. Otto Bauers «Ausweg» aus diesem Dilemma war die Behauptung, daß die Diktatur des Proletariats die höchste Entwicklungsstufe der Demokratie sei. Der «Ausweg» der jetzigen Parteiführung, der Herren Schärf und Helmer, dem die Konferenz zustimmte, war das Verlangen, daß die politische Demokratie durch Wirtschaftsdemokratie ergänzt werden müsse, und die feierliche Feststellung, daß Sozialismus und Demokratie untrennbar seien. Das war ein vollendetes Gallimathias, schlagend widerlegt durch die Tatsache, daß nicht einmal die britischen Labourleute mit ihrer alten demokratischen Überlieferung übler polizeistaatlicher Methoden entraten können. Dennoch soll man sich nicht die Freude daran vergällen lassen, daß der neue «Ausweg» unvergleichlich moralischer ist als Otto Bauers Taschenspielerei, die eine Bürgerkriegsstimmung erzeugte und den Nationalsozialisten die Türe öffnete.

Solange die Sozialisten Österreichs daran festhalten, daß Sozialismus und Demokratie untrennbar sind, gibt es keinen Sozialismus. Also ermöglicht diese Doktrin den Fortbestand ihrer Koalition mit der Österreichischen Volkspartei. Obwohl es als Dauerzustand ungesund ist, daß 96 Prozent der Abgeordneten regierungsfromm sind, so daß es so gut wie keine Opposition und Kontrolle gibt, ist das angesichts der russischen Gefahr wohl das kleinere Übel, mit dem man sich abfinden muß. Der Hauptnachteil ist, daß die Wirtschaftspolitik dank der Koalition noch immer beeinflußt wird von grundsätzlichen Planwirtschaftern der Sozialistischen Partei und verständnislosen Planwirtschaftern der Volkspartei. Die Gegner dieser Politik, vor allem der neue Handelsminister Kolb und der Notenbankberater Kienböck, setzen sich nur langsam durch.

Die Besserung der Wirtschaftslage,

die dem fremden Besucher sogar als überraschender Aufschwung erscheint, ist im wesentlichen der Sieg einer civil disobedience in größtem Stil. Der allgemeine Ungehorsam brach alle Dämme, als die Währungsreform es den meisten Österreichern unmöglich gemacht hatte, die Preise des schwarzen Marktes zu erschwingen. Not kennt kein Gebot, und so wurde der schwarze Markt ein freier Markt. Selbstverständlich wurde dadurch alles wesentlich billiger, weil die Konkurrenz wieder in ihre Rechte trat, weil wieder das erzeugt wurde, was man brauchte, und weil sich das Risiko verringerte. Wie das? Einfach dadurch, daß die Polizei sich veranlaßt sah, beide Augen zuzudrücken. Man konnte ja nicht die ganze Bevölkerung einsperren.

Natürlich hat dieser Vorgang auch seine dunklere Seite. Es ist nicht gut, wenn man ein Volk dazu zwingt, sich an die tägliche Verletzung von Gesetzen zu gewöhnen. Es hebt nicht das, was man die öffentliche Moral nennt. Das Wiedererscheinen lang entbehrter Waren in den Schaufenstern hebt die Stimmung sogar derjenigen, die sie noch nicht kaufen können. Der Schock, der vom Prager Staatsstreich ausging, ist überwunden, und die Österreicher sind heute entschieden besser gestimmt als je seit 1938. Allerdings, das gelingt ihnen nur, solange sie den russischen Schatten vergessen. Das Leben wird allmählich normaler, aber immer wieder meldet sich die Unruhe: Wird das dauern? Werden sie nicht doch kommen? Man kann daran ermessen, wie weit in Österreich und ganz Europa der Wiederaufbau schon gediehen wäre, wenn es die düstere Wolke nicht gäbe.

Robert Ingram

Brief aus Athen

Die Lage bietet so widersprüchsvolle Bilder, daß es nicht leicht ist, sie in einigen Zeilen kurz zusammenzufassen. Einerseits beginnen die wohltuenden Wirkungen der amerikanischen Hilfe sich fühlbar zu machen; anderseits setzen

die kommunistischen Banden

ihr Werk der Verheerung fort (ganz kürzlich noch brachen sie in einem Ort auf dem Peloponnes ein, plünderten ihn vollständig aus und metzelten 29 der Einwohner nieder). Den Gipfelpunkt ihrer verbrecherischen Tätigkeit haben die Banditen aber damit erreicht, daß sie es nun wagen, Kinder anzugreifen. Hunderte, ja Tausende griechischer Kinder sind ihren Eltern entrissen, sind gewaltsam nach Ungarn oder nach der Tschechoslowakei verschleppt worden, um dort einer für die kommunistischen Zwecke geeigneten Schulung unterworfen zu werden. Die von der griechischen Regierung wiederholt eingelegten Verwahrungen und die an die Uno-Kommission — die in Saloniki ihren Sitz hat — gerichteten Hilferufe der Bevölkerung blieben ohne Erfolg. Es mußte deshalb nun mit äußerster Beschleunigung eine möglichst große Anzahl Kinder evakuiert und an einem sicheren Ort gemeinsam untergebracht werden (in der Nähe der Hauptstadt oder auf den Inseln), um sie der furchtbaren über ihnen schwebenden Bedrohung zu entziehen. Ein derartiges Unternehmen bot wegen des schlechten Zustandes der Verbindungswege große Schwierigkeiten; der Unterhalt unzähliger Kinder-Kolonien verursacht einem Land erhebliche Kosten, das ohnedies schon am Ende seiner Hilfsmittel ist.

Ein unglückseliger, von den Kommunisten fanatisierter junger Mann hat den Justizminister ermordet. Alle Welt ist sich darüber einig, daß der verstorbene Ladas aus innerster Überzeugung Liberaler war; vermutlich konnten ihm gerade dies die Kommunisten nicht verzeihen. Was die vielbesprochenen

Hinrichtungen

betrifft, so handelt es sich um folgendes: etwa hundert zum Tode verurteilte Gefangene — von ordentlichen Gerichten verurteilt wegen Teilnahme an dem Blutbad vom Dezember 1944 (bei dem 20 000 Athener den Tod fanden) — hatten ihre Verbrechen sühnen müssen. Zuerst hatte man die Hinrichtung als eine Folge bedauerlicher Interventionen hinausgeschoben. Die allgemeine Empörung war aber von Tag zu Tag größer geworden, als man sah, daß die Schuldigen ungestraft blieben, und die Regierung hatte sich dann unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen gesehen, das Urteil vollstrecken zu lassen.

Parlamentarische Kommissionen sind mit der
Revision der Verfassung

und der Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes beschäftigt. Man macht sich für den Augenblick, in dem die beiden Projekte der Kammer vorgelegt werden, auf recht erbitterte Kämpfe gefaßt.

Die amerikanische Militärmmission hofft, daß das Land bis zu diesem Herbst von den kommunistischen Banden gesäubert sein kann, und daß es dann möglich ist, neue Wahlen unter internationaler Kontrolle stattfinden zu lassen. Man sagt, ein Geschäftskabinett würde mit der Vornahme der Volksbefragung beauftragt werden.

Alle diese schönen Pläne können jedoch von einem Augenblick zum andern durch Ereignisse zunichte gemacht werden, die nicht von den Griechen abhängen, deren tragische Folgen diese aber als erste zu erleiden hätten. Man lebt hier in einer angstvollen Ungewißheit.

J. Tissaméno

Militärische Umschau

Die notwendige Rationalisierung

Die bundesrätliche Botschaft vom 22. Januar 1948 über die Bundesfinanzreform sagt hinsichtlich der Ausgaben für die Landesverteidigung:

«Wir hoffen, gerade in der Administration weitere Einsparungen erzielen zu können und sind willens, jede sich bietende Möglichkeit der *Rationalisierung* auszunützen. Wir werden uns vor allem auch auf die Schlußfolgerungen des zuständigen Sparexperten stützen, der die personalreichsten Dienstabteilungen genau untersucht und bereits einige sehr substantielle Sparvorschläge eingereicht hat, an deren Verwirklichung die Verwaltung herangetreten ist» (Bundesblatt 1948, Band I, S. 369/370).

Der Bundesrat hat mit diesen Ausführungen das Mittel genannt, das, ohne Beeinträchtigung der Aufgaben der Militärverwaltung, am ehesten einen Abbau des übermäßigen Personalbestandes herbeiführt: *die Rationalisierung*. Dem eingesetzten Sparexperten erwächst hierbei eine Riesenaufgabe, denn es ist schon schwer, sich in dem etwas überorganisierten Militärdepartement überhaupt zurechtzufinden. Infolge des starken Ausbaus unseres Wehrwesens in den letzten 15 Jahren und vor allem während des Aktivdienstes haben die einzelnen Dienstabteilungen, Sektionen und Bureaux der Militärverwaltung immer größeren Umfang angenommen, und es herrscht die Tendenz vor, jede Sektion und jedes Bureau selbständig zu organisieren, mit eigener Kanzlei, eigener Registratur, eigenem Archiv usw. Parallel damit schwindet weitgehend die Fähigkeit, mit anderen Dienststellen zusammenzuarbeiten, so daß vielfach gleiche oder ähnliche Arbeit an verschiedenen Stellen verrichtet wird. Diese Entwicklungstendenz wird durch die räumliche Dezentralisation der Militärverwaltung begünstigt. Die Raumnot in den bundeseigenen Verwaltungsgebäuden ist derart groß, daß auch beim Militärdepartement nur ein kleiner Teil in den Bundesgebäuden untergebracht ist, während andere große Teile irgendwo außerhalb der eigentlichen Bundesgebäude ihre Zelte aufgeschlagen haben. Diese Dezentralisation trennt nun aber nicht etwa nur die einzelnen Abteilungen, sondern vielfach innerhalb der Abteilungen die einzelnen Sektionen und Dienststellen, so daß es Dienstabteilungen gibt, deren Zentralverwaltung in Bern auf sechs verschiedene Gebäude verteilt ist, abgesehen von den unterstellten Anstalten, die sich naturgemäß über das ganze

Land verteilen müssen. Ein erstes Erfordernis der Rationalisierung liegt daher in der *räumlichen Konzentration* der einzelnen Abteilungen in je einem einzigen Verwaltungsgebäude, wodurch nicht nur zahlreiche Kanzleien, Registraturen und Archive zusammengelegt werden könnten, sondern auch eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Sektionen und Bureaux erzielt würde. Viele Schreibereien ließen sich durch direkte mündliche Aussprache ersetzen, das Kanzleipersonal, die Zahl der Telefonistinnen und Ausläufer könnte reduziert werden.

Es versteht sich von selbst, daß die räumliche Konzentration ohne Neubauten nicht möglich ist. Diese würden sich aber auf lange Sicht längst bezahlt machen. Das allmähliche Freiwerden der rund 150 vom Bund allein in der Stadt Bern gemieteten Wohnungen würde im übrigen eine Entlastung des Wohnungsmarktes zur Folge haben und sich sozial günstig auswirken.

Im übrigen zeigt sich das Walten eines Sparexperten bereits in verschiedenen durch Rationalisierung erzielten Einsparungen. In der Dezembernummer 1947 dieser Zeitschrift wurde auf die Zusammenlegung von Dienststellen am gleichen Ort hingewiesen. Bereits der Voranschlag 1948 enthielt Einsparungen durch die Aufhebung von Kasernenverwaltungen und die Übertragung dieser Aufgabe an andere Dienststellen am gleichen Ort. Der Bericht des Bundesrates über Sparmaßnahmen vom 11. Mai 1948 gibt die Aufhebung der Kasernenverwaltung St. Maurice mit einer Einsparung von 101 000 Franken bekannt. Vermutlich werden die Kasernen von St. Maurice in Zukunft dem Festungswesen unterstellt, das ja auch sämtliche Festigungsanlagen verwaltet. Die erwähnte Aufhebung ist ein weiteres Beispiel für die Möglichkeit, durch Zusammenfassung verschiedener militärischer Verwaltungsstellen am gleichen Ort erhebliche Einsparungen zu erzielen. Auf diesem Gebiet einer zweckmäßigen Rationalisierung mit entsprechender Personalverminderung stehen noch manche Möglichkeiten offen.

Der Abbau von weiteren 200 Mann des Festungswachtkorps und von 150 Zeughausarbeitern der Kriegsmaterialverwaltung dürfte ebenfalls auf das erfolgreiche Wirken des beauftragten Sparexperten zurückzuführen sein. Bei zahlreichen Dienststellen sind durch Personalreduktion, Personalaustritte und Verzicht auf Ersatz für ausgetretene Beamte zusätzliche Einsparungen erzielt worden, so 80 000 Franken bei der Abteilung Flugwesen, 9000 bei der Abteilung für Genie, 12 000 beim Veterinärwesen, 6000 beim Oberkriegskommissariat, 18 500 bei der Abteilung für Luftschatz, 24 000 bei der Hauptbuchhaltung, 54 000 bei der Militärversicherung und 10 000 bei der Landestopographie. Der Bericht sieht insgesamt 6,2 Millionen Franken Einsparungen beim Militärdepartement vor, denen nach der Botschaft vom 1. Juni nur 0,8 Millionen Franken Nachtragskredite gegenüberstehen, so daß das Militärbudget tatsächlich um 5,4 Millionen Franken gesenkt wird.

Mit dem Abschluß der Remontierung für die bisher zurückgestellten Dragoner, der Reduktion der Kavallerie auf 24 Schwadronen und der fortschreitenden Motorisierung, die insbesondere das Offiziersreitpferd weitgehend verdrängt, können voraussichtlich auf Ende 1949 die beiden Pferdeanstalten des Bundes in Bern und Thun zusammengelegt werden. Ein erheblicher Personalabbau wird die Folge sein. Die Hauptaufgabe der vereinigten Anstalt wird die Remontierung der Dragoner sein, während die Stellung von Reitpferden für die wenigen berittenen Offiziere der übrigen Truppengattungen noch nebenbei besorgt werden kann. Diese Zusammenlegung ist bereits in der Botschaft des Bundesrates zur Finanzreform vorgesehen (Bundesblatt 1948, Band I, S. 371).

Gewisse kostspielige Doppelspurigkeiten sind auch auf dem Gebiet der materiellen Rüstung anzutreffen. Die grundsätzliche Trennung der Aufgaben der Materialbeschaffung und der Verwaltung des vorhandenen Kriegsmaterials ist richtig für die große Masse des Korpsmaterials unserer Armee, vor allem für Waffen, Fuhrwerke usw. Dagegen kann man sich schon bei der Munition fragen, ob nicht eine einheitliche Leitung von Fabrikation, Lagerung und Verteilung vorteilhafter wäre

als die heutige Arbeitsteilung zwischen der Kriegstechnischen Abteilung, die mit ihren Munitionsfabriken die Munition herstellt, und der Kriegsmaterialverwaltung, welche die Munitionsdepots verwaltet. Die Katastrophen von Dailly und Blausee geben vielleicht auch Anlaß, die Zweckmäßigkeit der herrschenden Ausscheidung der Kompetenzen zu überprüfen.

Eine ähnliche Doppelspurigkeit ist auch hinsichtlich Flugzeuge und Motorfahrzeuge festzustellen. Für Ankauf oder Fabrikation ist die Kriegstechnische Abteilung zuständig, für die Verwaltung dagegen die Direktion der Militärflugplätze bzw. der Armeemotorfahrzeugpark. Als Folge dieser Doppelspurigkeit besitzen und benützen sowohl die Flugzeugwerke der KTA in Emmen als auch die Direktion der Militärflugplätze kostspielige Prüfstände, und beide Anstalten beschäftigen Einflieger, so daß die neuen Flugzeuge zweimal eingeflogen werden, einmal von der KTA und einmal von der Direktion der Militärflugplätze. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Doppelspurigkeit ist nicht einzusehen, und es wäre einfacher, die Beschaffung und Verwaltung der Flugzeuge sowie der Motorfahrzeuge je in einer Hand zusammenzufassen. Der Sparexperte des Militärdepartementes sollte sich auch mit diesen Problemen befassen. Die eingangs zitierte Mitteilung des Bundesrates läßt zwar vermuten, daß sich seine Aufgabe nur auf eine Überprüfung und Rationalisierung der einzelnen Abteilungen erstreckt. Es ist aber notwendig, auch den Aufgaben- und Kompetenzbereich der einzelnen Abteilungen im Vergleich mit *anderen* Abteilungen zu überprüfen und kostspielige Doppelspurigkeiten auszumerzen.

Trotz der im Gange befindlichen Rationalisierung darf aber unter keinen Umständen die Meinung aufkommen, es könne dadurch das Militärbudget weiter reduziert werden. Die 390 Millionen des Vorschlages der ständigerätlichen Kommission sind ein Minimum, an dem nicht gerüttelt werden darf. Unsere Öffentlichkeit registrierte mit großer Genugtuung die im Laufe eines Jahres gefällten anerkannten Urteile des Generals de Lattre de Tassigny und des holländischen und schwedischen Generalstabschefs über unsere Armee. Alle drei rühmten im besonderen den tief im Volk verankerten Wehrwillen. In einer kürzlich publizierten Schrift wurde von fachmännischer Seite nachgewiesen, daß in der Schweiz im Jahresdurchschnitt 1945/46 jährlich 820 Mi. für alkoholische Getränke verausgabt wurden¹⁾). Könnte unser Volk noch mit gutem Gewissen der Welt gegenüber beanspruchen, als wehrfreudiges Volk zu gelten, wenn es nicht einmal bereit wäre, kaum die Hälfte der für alkoholische Getränke verausgabten Summe für seine Wehrbereitschaft zu opfern? Es handelt sich somit nur um eine gewisse *Umlagerung* der zur Verfügung stehenden Mittel. Die durch die Rationalisierung eingesparten Summen sollten für die im Gange befindliche *Reorganisation des Instruktionskorps* und sodann für vermehrte *Sachausgaben* zur Verfügung stehen. Aus der Eingabe des E.M.D. an den Bundesrat vom 28. Juni 1947 geht eindeutig hervor, wie kärglich die Mittel für viele notwendige Sachausgaben tatsächlich sind. Die bereits eingesetzte Polemik gegen Personalreduktionen — Postulat Agostinetti im Nationalrat, N.Z.Z. Nr. 1227, und Beschuß der Delegiertenversammlung des Personalverbandes des E.M.D. Anfang Mai in Biel, Volksrecht Nr. 115 — kann man in der gegenwärtigen Periode der Hochkonjunktur ruhig in Kauf nehmen, denn heute wirken Personalreduktionen nicht unsozial. Bundesrat Kobelt hat in seiner St. Galler Rede vom 13. Juni festgestellt:

«Die allgemeine Weltlage ist leider nicht so, daß wir in unseren Anstrengungen zur Stärkung der Wehrbereitschaft des Landes auch nur im geringsten nachlassen dürften» (N.Z.Z. Nr. 1267).

Nur die fortgesetzte Rationalisierung ermöglicht eine im Interesse unserer Wehrbereitschaft liegende maximale Ausnützung der vorhandenen Mittel. Miles

¹⁾ Dr. V. J. Steiger: Der Verbrauch der geistigen Getränke in der Schweiz in den Jahren 1939/44 und 1945/46. Benno Schwabe, Basel 1948.